

Europäische Kommission
GD Binnenmarkt und Dienstleistungen
Unit F2 – Company Law, Corporate Governance and
Financial Crime
SPA 2 03/103
B-1049 Brüssel

vorab per E-Mail:
MARKT-COMPLAW@ec.europa.eu

Grünbuch Verknüpfung von Unternehmensregistern
Antwort der Bundesnotarkammer (BNotK) – Registrierungsnr.: 74591581960-65

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu dem Grünbuch „Verknüpfung von Unternehmensregistern“. Wir nehmen diese Möglichkeit gerne wahr und möchten uns wie folgt äußern:

I. Unterschiedliche Registerstandards in den Mitgliedstaaten

Das vollständig elektronisch geführte Handelsregister in Deutschland und das zahlreicher anderer kontinentaleuropäischer Mitgliedstaaten wie etwa Österreich, Niederlande, Spanien, Estland oder Italien weist weitreichende Publizitätswirkungen auf. Geschäftspartner können sich gegenüber der Gesellschaft regelmäßig auf die im Register verlautbarten Angaben zu Vertretungsverhältnissen und Haftungsverfassung berufen, selbst wenn diese einmal im Einzelfall nicht zutreffen sollten (§ 15 Handelsgesetzbuch – HGB). Damit wird ein umfassender Schutz des Rechtsverkehrs erreicht. Diese Wirkung rechtfertigt sich daraus, dass die Angaben im deutschen Handelsregister eine hohe Richtigkeitsgewähr aufweisen. Die Richtigkeitsgewähr beruht auf der Überprüfung der Identität des Anmeldenden und der Authentizitäts- und Wirksamkeitskontrolle der eingereichten Urkunden (§ 12 HGB). Damit ist sichergestellt, dass nur berechtigte Personen Eintragungen im Handelsregister veranlassen können.

Dieses System des kontinentaleuropäischen Registerrechts vereinfacht Transaktionen erheblich, weil zeit- und kostenintensive Nachforschungen oder Gutachten (*legal opinions*) zur Existenz der Gesellschaft und den Vertretungsverhältnissen im Gegensatz zu Ländern mit niedrigeren Registerstandards entbehrlich sind. Das *Companies House* gibt beispielsweise keine Auskunft über die Art der Vertretungsmacht bei mehreren zur Geschäftsführung befugten Personen. Darüber hinaus bestehen in England, wo Online-Anmeldungen zum *Companies House* ohne Identitätskontrolle möglich sind, erhebliche Probleme mit sog. *company high-jacking* oder *company identity theft*. Das englische *Companies House* (www.companieshouse.gov.uk) warnt deshalb auf seiner Homepage farblich herausgehoben an prominenter Stelle vor sog. *company identity fraud*, womit das in England mittlerweile geläufige Phänomen bezeichnet wird, dass sich Nichtberechtigte als Geschäftsführer einer Gesellschaft zum Register anmelden, um für diese Geschäfte abzuschließen. Schließlich findet eine inhaltliche Überprüfung der Anmeldungen anders als in Deutschland nicht statt. Vom Anspruch einer Richtigkeitsgewähr mit öffentlichem Glauben hat sich das *Companies House* verabschiedet, weswegen die Registerpublizität in England und Wales kaum Bedeutung hat.

Da der in dem Grünbuch verwendete Begriff des „Unternehmensregisters“ alle zentralen Handels- und Gesellschaftsregister i. S. v. Art. 3 der Ersten Gesellschaftsrechtsrichtlinie (68/151/EWG) umfasst, darf die mit dem Grünbuch angesprochene grenzübergreifende Zusammenarbeit der Unternehmensregister nicht dazu führen, dass Register in Mitgliedstaaten mit hoher Richtigkeitsgewähr und öffentlichem Glauben verpflichtet werden, Angaben aus Registern aus Mitgliedstaaten mit niedrigeren Standards ungeprüft zu übernehmen. Die möglicherweise zukünftig angestrebten Maßnahmen sollten deshalb nicht über den Austausch von Informationen zwischen den Unternehmensregistern hinausgehen, solange kein einheitliches Registerniveau in der EU erreicht ist. Denn ein funktionierendes Registersystem mit hoher Richtigkeitsgewähr und öffentlichem Glauben wie in Deutschland ist ein wesentlicher Aspekt für marktwirtschaftliche Transaktionseffizienz: Handels- und gesellschaftsrechtliche Vorgänge können dadurch sehr kostengünstig und sehr schnell vollzogen werden.

II. Zugang zu Informationen – das Netzwerk von Unternehmensregistern

- Ist ein verbessertes Netzwerk der Unternehmensregister der Mitgliedstaaten erforderlich?

Hinsichtlich des öffentlichen Zugangs zu Informationen aus den Unternehmensregistern können wir eine dringende Notwendigkeit für ein verbessertes Netzwerk der Unternehmensregister kaum erkennen. Die Handelsregister der Mitgliedstaaten sind für jeder-

mann einsehbar. Aufgrund der Vorgaben der Ersten Gesellschaftsrechtsrichtlinie (68/151/EWG) müssen diese Handelsregister von den Mitgliedstaaten elektronisch geführt werden, so dass grenzübergreifend auch elektronische Einsichtnahmen möglich sind.

Gleichwohl könnte eine europäische Plattform der Unternehmensregister die Transparenz für interessierte Kreise noch weiter erhöhen, da es das Auffinden der Informationen noch weiter erleichtern dürfte. Bereits heute sind die Informationen aus den Unternehmensregistern eines großen Teils der Mitgliedstaaten über das im Grünbuch angesprochene *European Business Register* (EBR) verfügbar. Für einen noch besseren grenzübergreifenden Zugang zu Informationen über Unternehmen wäre daher daran zu denken, das EBR dahingehend auszubauen, dass alle Mitgliedstaaten verpflichtet werden, daran teilzunehmen.

- Können die Einzelheiten einer solchen Zusammenarbeit durch eine „Regulierungsvereinbarung“ zwischen den Vertretern der Mitgliedstaaten und der Unternehmensregister festgelegt werden?

Der im Grünbuch angeführte Ansatz, eine Teilnahme am EBR allen Mitgliedstaaten in der Ersten Gesellschaftsrechtsrichtlinie (68/151/EWG) vorzuschreiben, scheint uns indes nicht zielführend zu sein. Zum einen gilt diese Richtlinie nur für bestimmte, in Art. 1 der Richtlinie 68/151/EWG aufgeführte Kapitalgesellschaften. Unternehmensregister umfassen demgegenüber weitergehend auch Personengesellschaftsrechtsformen und Einzelunternehmen. Gegen diesen Ansatz spricht zum anderen aber auch, dass die Unternehmensregister in den Mitgliedstaaten, wie oben ausgeführt, Unterschiede in der Richtigkeitsgewähr und im öffentlichen Glauben aufweisen. Es wäre deshalb ein Trugschluss zu glauben, dass ein Netzwerk von Unternehmensregistern die nach der Ersten Gesellschaftsrechtsrichtlinie (68/151/EWG) zu führenden nationalen Unternehmensregister ersetzen könnte. Informationen über Unternehmen sind nämlich nicht mit dem Registerinhalt gleichzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Unternehmensregister, die weitreichende Publizitätswirkungen genießen. Denn diese Wirkungen kommen nur dem Registerinhalt selbst zu, nicht aber den über ein Netzwerk vermittelten Informationen. Die Unterschiede in der rechtlichen Qualität eines Netzwerks im Vergleich zu den nationalen Handelsregistern dürfen nicht ausgeblendet werden. Insgesamt erscheint uns der Ansatz über die Erste Gesellschaftsrechtsrichtlinie deshalb ungeeignet.

Denkbar wäre allerdings, das EBR dahingehend weiterzuentwickeln, dass es die unmittelbare Einsicht in das jeweilige ausländische Register vermittelt und als zentrale Zugangsstelle zu den nationalen Unternehmensregistern fungiert. Allerdings sollte es den

Mitgliedstaaten vorbehalten bleiben, darüber zu entscheiden, wie dieses Netzwerk aufgebaut sein soll und wie die Bedingungen für eine Kooperation lauten sollen. Es erscheint uns unter dieser Prämisse naheliegend, die Einzelheiten der Zusammenarbeit einer Vereinbarung der Mitgliedstaaten zur Regulierung des elektronischen Netzes der Unternehmensregister („Regulierungsvereinbarung“) vorzubehalten. Soweit auf Gemeinschaftsebene überhaupt eine normative Regelung getroffen werden soll, sollte sich diese auf die Anordnung einer Verpflichtung zur Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten an dieser „Regulierungsvereinbarung“ beschränken. Die technische Ausgestaltung sollte hingegen den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, um gangbare Lösungen mit den Registerbehörden auszutarieren und zu ermöglichen. Wie im Grünbuch ausgeführt könnte eine solche „Regulierungsvereinbarung“ Themen wie die Bedingungen für einen Beitritt zum Netzwerk, die Benennung einer Verwaltungsstelle für das Netzwerk sowie Fragen zu Verantwortungsbereich, Finanzierung und Beilegung von Streitigkeiten usw. regeln. Ein besonderer Vorzug einer „Regulierungsvereinbarung“ ist unseres Erachtens auch die Flexibilität der Zusammenarbeit, die unerlässlich für ein Netzwerk ist. Langfristig könnte daran gedacht werden, dass in dieser Form aufgebaute Registernetzwerk in das E-Justiz-Portal der EU zu integrieren.

- Ergibt sich durch die Verbindung des Netzwerks von Unternehmensregistern mit dem durch die Transparenzrichtlinie geschaffenen elektronischen Netzwerk zur Speicherung vorgeschriebener Informationen über notierte Unternehmen langfristig ein Mehrwert?

Die Verbindung des Netzwerks von Unternehmensregistern mit dem durch die Transparenzrichtlinie (2004/109/EG) geschaffenen elektronischen Netzwerk dürfte nicht zu mehr Transparenz und einem besseren Zugang zu Informationen führen. Mit dem durch die Transparenzrichtlinie geschaffenen elektronischen Netzwerk soll der Zugang der *Anleger* zu Informationen über Emittenten auf Gemeinschaftsebene besser organisiert werden, um die Integration der europäischen Kapitalmärkte stärker zu fördern. Demgegenüber dienen Eintragungen in den Unternehmensregistern weitergehenden Zwecken, nämlich der Offenbarung von Tatsachen und Rechtsverhältnissen der Einzelunternehmen und Gesellschaften, die für den *Rechtsverkehr insgesamt* und insbesondere für die Geschäftspartner des eingetragenen Unternehmens von Bedeutung sind. Die Zielrichtung der beiden Netzwerke ist folglich nur eingeschränkt deckungsgleich.

Durch eine Verbindung dieser in der Zielrichtung unterschiedlichen Netzwerke könnte die Zusammenarbeit der Unternehmensregister an Effizienz verlieren. Denn das Vorhaben eines Netzwerks von Unternehmensregistern könnte dann mit Anforderungen überfrachtet sein, die keinen spezifischen Bezug zur Funktion der Unternehmensregister

haben, sondern vielmehr ausschließlich dem Anlegerschutz dienen. Für das elektronische Netzwerk nach der Transparenzrichtlinie sehen wir umgekehrt die Gefahr, dass Anleger infolge einer Verbindung mit dem Netzwerk von Unternehmensregistern mit rechtlicher Information überfrachtet werden, die unter Anlegerschutzgesichtspunkten nicht benötigt werden. Das wiederum wäre dem Ziel einer gesteigerten Transparenz der europäischen Kapitalmärkte abträglich.

Erfahrungen mit dem deutschen Unternehmensregister nach § 8b HGB, das eine solche Zusammenführung für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bereits vorgenommen hat, zeigen, dass ein nennenswerter Mehrwert für interessierte Kreise kaum festzustellen ist. Auf europäischer Ebene dürfte mit keinem anderen Ergebnis zu rechnen sein.

III. Kooperation von Unternehmensregistern bei grenzüberschreitenden Fusionen und Verlegungen des Firmensitzes

An dieser Stelle ist noch einmal besonders auf die unterschiedlichen Registerstandards in den Mitgliedstaaten hinzuweisen. Eine weitreichende und noch engere Kommunikation zwischen den Unternehmensregistern bei grenzüberschreitenden Fusionen, der Verlegung des Firmensitzes oder bei der Offenlegung von Informationen von Zweigniederlassungen darf nicht dazu führen, dass in Mitgliedstaaten mit hohen Registerstandards in Bezug auf Richtigkeitsgewähr und öffentlichen Glauben ungefiltert Informationen aus Registern mit niedrigeren Standards übernommen werden müssten. Die vom Gemeinschaftsrecht in diesen Fällen vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherstellung der Richtigkeitsgewähr wie die Vorabbescheinigung nach Art. 10 Abs. 2 der Richtlinie 2005/56 für eine grenzüberschreitende Fusion, die Bescheinigungen nach Art. 8 Abs. 8 und Art. 25 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 für die Verlegung des Firmensitzes einer SE bzw. die Gründung einer SE durch Verschmelzung oder die Bescheinigungen nach Art. 7 Abs. 8 und Art. 29 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 für die Verlegung des Firmensitzes einer SCE bzw. die Gründung einer SCE durch Verschmelzung werden also durch eine zukünftig möglicherweise weitergehende Kooperation der Unternehmensregister in keiner Weise obsolet.

Soweit zukünftig lediglich der Informationsaustausch zwischen den Unternehmensregistern als solcher verbessert werden soll, stehen wir dem hingegen positiv gegenüber und möchten uns zu den Vorschlägen des Grünbuchs wie folgt äußern:

- Welche Lösung bzw. Lösungskombination wird für die Erleichterung der Kommunikation zwischen Unternehmensregistern bei grenzüberschreitenden Fusionen und Verlegungen des Firmensitzes bevorzugt?

Die Fortführung des BRITE-Projekts erscheint aus unserer Sicht besonders geeignet, die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmensregistern zu fördern. BRITE bezweckt die Verbesserung der Zusammenarbeit der Handels- und Unternehmensregister und hat sich bereits explizit damit befasst, wie die wechselseitige Information der Register im Fall der Sitzverlegung und der Errichtung einer Zweigniederlassung gestaltet werden könnte. BRITE liefert folglich wertvolle Vorarbeiten, auf die für eine zukünftig noch engere Kooperation von Unternehmensregistern nicht verzichtet werden sollte. Für die Handelsregister dürfte es nämlich bei grenzübergreifenden Sachverhalten darauf ankommen, automatisiert und im Einzelfall kostenfrei Zugang zu den Informationen aus dem ausländischen Register zu erhalten und abrufen zu können. Dies scheint uns auf Grundlage von BRITE am besten verwirklicht werden zu können. Es erscheint uns ferner überlegenswert, die im Rahmen von BRITE gewonnenen Erkenntnisse zu gegebener Zeit unter dem Dach des EBR fortzuführen.

Das Binnenmarkt-Informationssystem (IMI) bietet unseres Erachtens hingegen keine optimale Plattform für die Kommunikation der Unternehmensregister bei grenzübergreifenden Sachverhalten. Das IMI ist darauf ausgelegt, die strukturierte Übermittlung wiederkehrender Anfragen zwischen Behörden in den Sprachen der Mitgliedstaaten zu unterstützen. Es ermöglicht weder eine automatisierte Beauskunftung, noch berücksichtigt es die Schwierigkeit des Austausches zwischen den Unternehmensregistern, weil es keine auf den Einzelfall zugeschnittene Kommunikation zwischen den Registerbehörden ermöglicht. Für die Unternehmensregister dürfte es jedoch bei grenzübergreifenden Sachverhalten gerade darauf ankommen, eine individuelle Abstimmung mit dem Unternehmensregister in einem anderen Mitgliedstaat zu führen. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass einem Rechtsbegriff in der jeweiligen Landessprache ein bestimmter Inhalt beigemessen wird und sich daran bestimmte Rechte und Pflichten anknüpfen. Diese Komplexität kann in einem strukturierten Mitteilungssystem auf Basis des IMI jedoch nur unzureichend abgebildet werden. Eine Lösung auf Grundlage des Binnenmarkt-Informationssystems oder Teilen davon erscheint uns deshalb nicht Erfolg versprechend.

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">- Wird die vorgeschlagene Lösung über die Offenlegung von Informationen über Zweigniederlassungen unterstützt? |
|--|

Die Elfte Gesellschaftsrechtsrichtlinie (89/666/EWG) legt im Gegensatz zur Richtlinie über grenzüberschreitende Verschmelzungen (2005/56/EG) und den Verordnungen über die SE (2157/2001) und die SCE (1435/2003) für die beteiligten Unternehmensregister keine rechtlichen Anforderungen für eine Zusammenarbeit fest. Es erscheint indes nützlich, wenn das Unternehmensregister, bei dem der Antrag auf Eintragung einer Zweigniederlassung eingeht, vom Unternehmensregister des Sitzstaats darüber informiert werden könnte, dass das betreffende Unternehmen ordnungsgemäß im Register des Satzungssitzes eingetragen worden ist. Ein zweiter relevanter Gesichtspunkt ist die Löschung des Unternehmens im Register des Sitzstaates, von dem das Unternehmensregister der Zweigniederlassung nach derzeitigem Stand in der Regel nicht informiert wird. Es besteht dann die Gefahr, dass das Unternehmensregister der Zweigniederlassung unrichtig wird, da im Fall der Löschung des Unternehmens auch die Zweigniederlassung gelöscht werden müsste, und das sowohl nach gemeinschaftsrechtlichen als auch nach nationalen Vorgaben.

Es ist deshalb zur Wahrung der Publizität des Registers der Zweigniederlassung überlegenswert, einen Informationsaustausch zwischen den beteiligten Unternehmensregistern über die vorgenommenen Eintragungen einzuführen. Allerdings muss auch dabei gewährleistet bleiben, dass der bestehende Registerstandard eines Mitgliedstaates durch den Informationsaustausch nicht gefährdet wird. Eine bloße Übernahme der Daten aus einem Unternehmensregister mit niedrigen Standards darf es im Hinblick auf Richtigkeitsgewähr und öffentlichen Glauben auch bei der Offenlegung von Informationen über Zweigniederlassungen nicht geben. Vielmehr wäre daran zu denken, wie bei grenzüberschreitenden Fusionen oder Verlegung von Firmensitzen einer SE oder SCE mit einer Bescheinigung einer mitgliedstaatlich bestimmten Stelle zu arbeiten. Diese Bescheinigung könnte dann beispielsweise von der jeweils zuständigen Registerbehörde erstellt werden.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anregungen bei der Auswertung des Grünbuchs und der weiteren Entscheidung über die nächsten Schritte über ein mögliches Netzwerk der Unternehmensregister berücksichtigt werden könnten. Gern stehen wir für Rückfragen und ergänzende Ausführungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'DK.' with a stylized flourish.

(Dr. David C. König)
Geschäftsführer